

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula; Gulbrandsen, Trygve

Die Verankerung der sozioökonomischen Konfliktlinie in den deutschen Eliten

Datum der Zweitveröffentlichung: 13.02.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-582966

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula; Gulbrandsen, Trygve: Die Verankerung der sozioökonomischen Konfliktlinie in den deutschen Eliten. In: Einzelinteressen und kollektives Handeln in modernen Demokratien : Festschrift für Ulrich Widmaier. Bandelow, Nils C.; Bleek, Wilhelm (Hg). Wiesbaden : VS, Verl. für Sozialwiss., 2007. S. 187 - 207. DOI: 10.1007/978-3-531-90303-3_12.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Die Verankerung der sozioökonomischen Konfliktlinie in den deutschen Eliten

Ursula Hoffmann-Lange und Trygve Gulbrandsen

1 Einleitung: Die Bedeutung der sozioökonomischen Konfliktlinie für das deutsche Parteiensystem und ihre Messung

Nach der Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan (1967) hat die sozioökonomische Konfliktlinie bei der Entstehung der westeuropäischen Parteiensysteme eine zentrale Rolle gespielt. Andererseits hat jedoch die neuere Wahlforschung ergeben, dass im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte die Bedeutung der Klassenzugehörigkeit für das Wahlverhalten zurückgegangen ist. Dies ist vor allem auf Veränderungen in der Struktur der Erwerbsbevölkerung sowie die Pluralisierung der Lebensbedingungen zurückzuführen. Allerdings existieren beträchtliche länderspezifische Unterschiede hinsichtlich des Grads der Verankerung der sozioökonomischen Konfliktlinie in der Wählerschaft wie auch in der Geschwindigkeit ihrer Abnahme (vgl. u.a. Brettschneider et al. 2002).

Der historische Zusammenhang zwischen politischen Ideologien und den Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen impliziert, dass es sich bei den traditionellen Konfliktlinien um Koalitionen zwischen Partieliten einerseits und sozialen Gruppen andererseits handelt (Pappi 1977: 195). Diese Koalitionen sind in der Regel auch organisatorisch verfestigt. Sie lassen sich damit noch präziser als Koalitionen von Partieliten mit Verbandseliten definieren, die den Parteien als Gegenleistung für die Vertretung ihrer Interessen organisatorische Unterstützung und Wählerstimmen zur Verfügung stellen.

In Deutschland existiert eine traditionell relativ enge politische und organisatorische Verflechtung von SPD und Gewerkschaften. Umgekehrt weist die FDP als liberale Partei enge Verbindungen mit den Verbänden des Unternehmerlagers bzw. des alten Mittelstandes auf. Während die CDU/CSU, wie früher bereits die Zentrumsparterie, wirtschafts- und sozialpolitisch für sich in Anspruch nimmt, alle sozioökonomischen Gruppen zu repräsentieren, steht sie als dezidiert bürgerliche Partei den Unternehmensinteressen ebenfalls näher als den Gewerkschaften, verfügt aber durch ihren Arbeitnehmerflügel auch über Verbindungen zum organisierten Arbeitnehmerlager.

Unabhängig davon, wie groß die Veränderungen in Struktur und Verhalten der Wählerschaft tatsächlich sein mögen, müssen Veränderungen im Wählerverhalten nicht zwingend auch Rückwirkungen auf die Bedeutung der traditionellen

Koalitionen auf Elitenebene haben. So herrscht in der sozialwissenschaftlichen Literatur weitgehend Einmütigkeit darüber, dass die sozioökonomische Konfliktlinie für die Strukturierung der westeuropäischen Parteiensysteme nach wie vor zentral ist und auf Elitenebene nach wie vor Bestand hat. Dies wird unter anderem durch die Daten des Party Manifestos-Projekts belegt (vgl. Budge et al. 2001). Auch Lijphart betont in seiner vergleichenden Analyse, dass dem Klassen-Cleavage in 32 der 36 von ihm untersuchten Demokratien eine hohe und in den übrigen vier eine zumindest mittlere Bedeutung zukommt (1999: 79-82).

Andererseits müssen sich die politischen Parteien veränderten Wählermärkten anpassen und können dadurch gezwungen sein, nicht nur ihre politischen Positionen zu verändern, sondern auch ihre Beziehungen zu gesellschaftlichen Organisationen neu zu strukturieren. Versäumen sie es, sich neue Wählergruppen zu erschließen, während gleichzeitig ihre alten Koalitionen erodieren oder an Bedeutung abnehmen, so riskieren sie, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen sich dauerhaft anderen Parteien zuwenden. Ein Beispiel hierfür ist die Abwanderung großer Teile der Neuen Sozialen Bewegungen von der SPD zu den Grünen. Von daher ist die Frage nach den Koalitionen zwischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen immer wieder neu zu untersuchen.

Analysen des Wahlverhaltens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen geben also ein nur unvollständiges Bild der gesellschaftlichen Verankerung sozio-politischer Konfliktlinien und müssen durch Untersuchungen der Beziehungen auf Elitenebene ergänzt werden. Konflikte zwischen SPD und Gewerkschaften einerseits sowie die Öffnung der katholischen Kirche gegenüber der SPD (und umgekehrt) andererseits sind mindestens ebenso wichtige Anzeichen der Veränderung politischer Konstellationen wie die Abnahme der sozialstrukturellen Bindung des Wahlverhaltens.

Koalitionen zwischen Organisationen sind in der Regel durch Doppelmitgliedschaften, Personalverflechtungen sowie finanzielle, organisatorische und politische Unterstützung bei der Vertretung der Organisationsinteressen abgestützt. Sie sind daher relativ beständig und reagieren erheblich langsamer auf gesellschaftliche Veränderungen als individuelle Wahlentscheidungen. Damit können sie Konfliktmaterien konservieren, die für die Wählerschaft bereits an Bedeutung verloren haben. Im vorliegenden Beitrag wird untersucht, in welchem Ausmaß dies in Deutschland auf die sozioökonomische Konfliktlinie zutrifft. Hierfür greifen wir auf die Daten der bislang vorliegenden nationalen Elitebestudien (1968, 1972, 1981, 1995) zurück.¹

¹ Theoretischer Ansatz und Auswahlverfahren der drei Mannheimer Elitestudien von 1968, 1972 und 1981 sind in Hoffmann Lange (1992) beschrieben, die der Potsdamer Elitestudie von 1995 in Bürklin/Rebenstorf et al. (1997).

Tabelle 1: Fallzahlen der deutschen Elitestudien

<i>Sektor</i>	1968		1972		1981		1995	
	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>	<i>n</i>	<i>%</i>
<i>Politik: CDU/CSU</i>	52	6,4	128	7,0	125	7,2	119	5,1
<i>Politik: SPD</i>	50	6,2	110	6,0	124	7,1	141	6,0
<i>Politik: FDP</i>	18	2,2	47	2,6	25	1,4	63	2,7
<i>Politik: B'90/Grüne</i>							116	5,0
<i>Politik: PDS</i>							44	1,9
<i>Politik insgesamt</i>	120	14,9	285	15,6	274	15,7	498 ¹	21,3
<i>Wirtschaft</i>	222	27,4	447	24,5	459	26,3	422	18,0
<i>Gewerkschaften</i>	69	8,5	49	2,7	87	5,0	97	4,1
<i>Nicht politische Eliten insgesamt</i>	688	85,1	1540	84,4	1470	84,3	1843	78,7
<i>Insgesamt</i>	808	100,0	1825	100,0	1744	100,0	2341	100,0

1 In dieser Studie waren in der Gruppe der Politiker zusätzlich noch einige parteilose Politiker, Kommunalpolitiker sowie Vertreter der Parteistiftungen enthalten, die aus Vergleichsgründen in den folgenden Analysen nicht berücksichtigt werden.

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995

In allen vier Umfragen wurden führende Positionsinhaber in den wichtigsten Sektoren der (west-)deutschen Gesellschaft befragt, u.a. aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden, Medien, Wissenschaft. Die vorliegende Analyse beschränkt sich dabei auf die (partei-)politischen Eliten sowie die Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten. Im Sektor Politik erstreckte sich die Auswahl der Zielpersonen u.a. auf die Mitglieder von Bundes- und Landesregierungen, die Inhaber legislativer Führungspositionen in Fraktionsvorständen und Ausschüssen des Bundestags und der Landtage sowie die Mitglieder der Bundes- und Landesvorstände der im Bundestag bzw. den Landtagen vertretenen Parteien. In der Wirtschaft wurden die Vorstände und Aufsichtsräte der größten Wirtschafts- und Finanzunternehmen einbezogen, ferner die Inhaber von Führungspositionen in den großen Wirtschaftsverbänden (BDI, BDA, DIHK)². Als Gewerkschaftseliten

² Die großen Branchenverbände sind jeweils in den Spitzenverbänden repräsentiert.

wurden die Inhaber von Führungspositionen im DGB, in den DGB-Mitgliedsgewerkschaften sowie in der DAG ausgewählt. Die Fallzahlen für die Gruppen differieren dabei etwas zwischen den verschiedenen Studien (vgl. Tabelle 1). Insbesondere die erste Mannheimer Elitestudie von 1968 ist von der Positionenauswahl und den Fallzahlen nur eingeschränkt vergleichbar. Dies ist bei der Interpretation zu berücksichtigen.

Für die Analyse wurden die Politiker nach ihrer Parteizugehörigkeit unterteilt. Die Eliten in Wirtschaftsunternehmen und Wirtschaftsverbänden konnten zu einer Gesamtgruppe Wirtschaftselite zusammengefasst werden, da zwischen ihnen im Hinblick auf ihre organisatorischen Verflechtungen und ihre politischen Einstellungen nur marginale Unterschiede bestehen. Die Unterschiede innerhalb des Gewerkschaftslagers sind ebenfalls nur gering, so dass auch hier eine einzige Gruppe gebildet werden konnte.

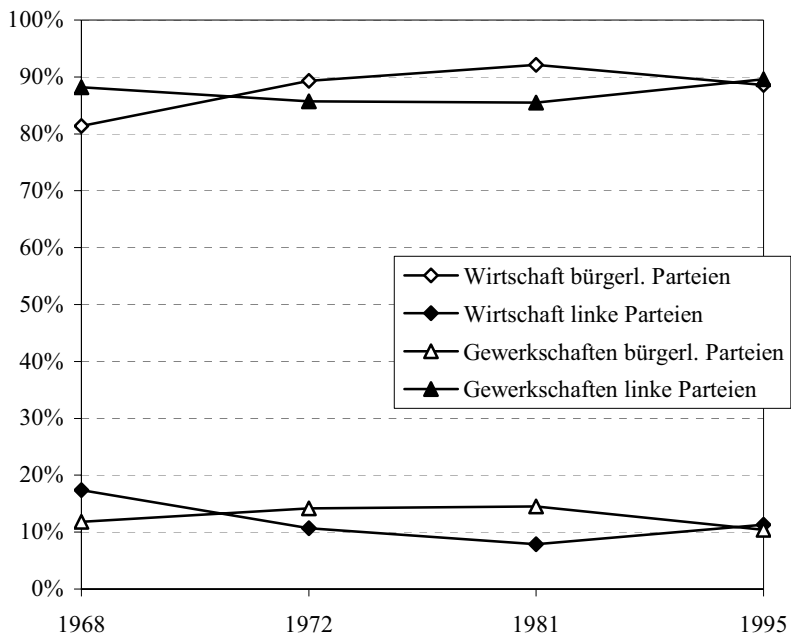
2 Parteipräferenzen und Parteimitgliedschaften der Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten

In allen vier Studien war eine Frage nach der Parteipräferenz enthalten. In den Umfragen von 1968 und 1972 wurden die Befragten gebeten, eine Rangordnung der verschiedenen Parteien zu bilden, in den beiden jüngeren Studien kam das sog. *Parteiskalometer* zum Einsatz, bei dem die politischen Parteien einzeln auf einer Sympathieskala von -5 bis +5 bewertet wurden. Zusätzlich wurde hier auch noch nach der Wahlabsicht gefragt. Im Interesse der Vergleichbarkeit zwischen den Studien wurde jedoch auch für 1981 und 1995 aus den Skalometerwerten die Parteipräferenz gebildet.³

Abbildung 1 zeigt zunächst die Entwicklung der Parteipräferenzen der Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten, wobei die bürgerlichen Parteien (CDU/CSU, FDP) einerseits und die linken Parteien (SPD, B'90/Grüne, PDS) andererseits zusammengefasst wurden, um den Einfluss von Fluktuationen bzw. Ausdifferenzierungen innerhalb der beiden Lager auszuschalten. Damit folgen wir dem Vorgehen von Bartolini und Mair, die darauf verwiesen haben, dass sich die Verankerung des traditionellen Klassenkonflikts nur angemessen durch die Blockvolatilität erfassen lässt und die Gesamtvolatilität daher als Summe der Volatilitäten innerhalb und zwischen den Parteiblöcken konzeptualisiert werden muss (1990: Kap. 1).

³ Wegen der Möglichkeit von Gleicheinstufungen ist der Anteil der fehlenden Werte für diese beiden Umfragen etwas höher und liegt bei 14,2% (1981) bzw. 20,8% (1995).

Abbildung 1: Parteipräferenzen von Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten



Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981, Potsdamer Elitestudie 1995

Die Daten bestätigen die Existenz einer eindeutigen Blockbildung. Darüber hinaus lässt sich auch ein hohes Maß an Kontinuität über die Zeit erkennen. Zu allen vier Zeitpunkten haben zwischen 80 Prozent und 90 Prozent der Wirtschaftseliten eine Präferenz für Union oder FDP angegeben, während sich die Gewerkschaftseliten für eine der linken Parteien entschieden haben. Der Anteil für das jeweils andere Lager lag dagegen konstant unter 20 Prozent. Tabelle 2 zeigt weiterhin, dass die Ausdifferenzierung innerhalb des linken Lagers der SPD geschadet hat, auch wenn es der PDS zum Zeitpunkt der jüngsten Umfrage 1995 noch kaum gelungen war, sich in den Eliten zu etablieren. Ein Blick auf das bürgerliche Lager offenbart zudem, dass die FDP innerhalb der Wirtschaftseliten

auf eine relativ konstante Unterstützung zählen kann, die ihre Wahlergebnisse bei weitem übersteigt.⁴

Tabelle 2: Parteipräferenzen der Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten im Zeitverlauf (Zeilenprozentwerte)

	<i>CDU/ CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>FDP</i>	<i>B'90/ Grüne</i>	<i>PDS</i>
<i>Wirtschaftseliten</i>					
<i>1968</i>	61,5	17,4	21,2		
<i>1972</i>	75,5	10,7	13,8		
<i>1981</i>	76,6	7,1	15,5	0,8	
<i>1995</i>	76,0	8,8	12,6	2,2	0,3
<i>Gewerkschaftseliten</i>					
<i>1968</i>	10,3	88,2	1,5		
<i>1972</i>	12,2	85,7	2,0		
<i>1981</i>	13,3	84,3	1,2	1,2	
<i>1995</i>	9,6	75,3	1,4	13,7	0,0

Erster Sympathierang für eine der aufgeführten Parteien. 1968 und 1972: basierend auf einer Rangordnung der Parteien. 1981 und 1995: basierend auf den Skalometerwerten des Parteienskalometers (Skala: +5 bis -5). Aufgrund der unterschiedlichen Frageformate variiert der Anteil der Befragten ohne eindeutigen ersten Parteienrang und wurde daher bei der Prozentuierung nicht berücksichtigt.

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995

Ein noch besserer Indikator ist die organisatorische Abstützung der Koalitionen durch Parteimitgliedschaften der Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten einerseits und durch Verbandsmitgliedschaften der politischen Eliten andererseits. Tabelle 3 zeigt, dass ein sehr hoher Prozentsatz der Gewerkschaftseliten parteipolitisch organisiert ist. Zu allen drei Zeitpunkten, für die Angaben vorliegen, waren mindestens vier Fünftel von ihnen Mitglied der SPD. Diese hohen Anteilswerte bestätigen die enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und SPD, ungeachtet der offiziell parteipolitischen Neutralität des DGB. Offensichtlich sind die Unions-

⁴ Auch in den übrigen Eliten findet die FDP eine vergleichbar überproportionale Unterstützung, insbesondere wenn man statt der Parteipräferenz die Wahlabsicht betrachtet (vgl. Hoffmann Lange/Bürklin 2001: 179).

parteien in den Gewerkschaftsführungen über eine symbolische Repräsentanz durch einzelne Persönlichkeiten nicht hinausgekommen. Auch die anderen linken Parteien sind in den Führungsetagen des DGB kaum vertreten, obwohl mittlere DGB-Funktionäre bei der Gründung und in der Führung der WASG eine aktive Rolle gespielt haben. Ob die im Mai 2006 erfolgte Wahl des CDU-Mitglieds Ingrid Sehrbrock zur Stellvertretenden DGB-Vorsitzenden als Nachfolgerin des SPD-Mitglieds Ursula Engelen-Kefer und die Wahl von Amelie Buntenbach (B'90/Grüne) in den DGB-Vorstand Hinweis auf eine Abkehr des DGB von der SPD sind, wird erst die Zukunft erweisen (vgl. hierzu auch Hassel 2006).

Tabelle 3: Parteimitgliedschaften¹ von Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten im Zeitverlauf² (Zeilenprozentwerte)

	<i>keine</i>	<i>CDU/ CSU</i>	<i>SPD</i>	<i>FDP</i>
<i>Wirtschaftseliten</i>				
1972	72,6	18,2	6,5	2,2
1981	68,6	20,5	7,4	3,3
1995	67,6	21,7	7,9	2,9
<i>Gewerkschaftseliten</i>				
1972	6,1	12,2	81,6	0,0
1981	1,1	13,8	85,1	0,0
1995	13,4	8,2	76,3	1,0

1 Die Angaben für 1968 sind unvollständig und daher nicht ausgewiesen.

2 Sonstige Parteimitgliedschaften wurden bei der Prozentuierung berücksichtigt, aber wegen ihrer geringen Zahl nicht ausgewiesen (1972: n 2; 1981: n 4; 1995: n 1).

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981; Potsdamer Elitestudie 1995

Auch in umgekehrter Richtung bestätigt sich die nach wie vor enge Verbindung zwischen SPD und Gewerkschaften. Zu allen drei Befragungszeitpunkten gab eine Mehrheit der befragten SPD-Politiker eine Gewerkschaftsmitgliedschaft an. Während dieser Anteil 1972 und 1981 noch über 90 Prozent betrug, sank er bis 1995 allerdings auf 75,9% ab. Etwa die Hälfte der Spitzenpolitiker von B'90/Grünen (44,8%) und PDS (58,1%) gab 1995 ebenfalls eine Gewerkschaftsmitgliedschaft an. Diese beiden Parteien stehen somit den Gewerkschaft-

ten ebenfalls deutlich näher als die Politiker der bürgerlichen Parteien. Die Verflechtung der Gewerkschaften mit den Unionsparteien ist auch in dieser Richtung weit weniger eng. Während 1972 und 1981 noch zwischen einem Fünftel und einem Viertel der befragten Spitzenpolitiker der CDU/CSU eine Gewerkschaftsmitgliedschaft angab, sank dieser Anteil bis 1995 auf 14,3% ab.

Auch die neueren Daten Trampuschs (2006) zur gewerkschaftlichen Bindung von Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung zeigen für den Zeitraum seit Beginn der 1990er Jahre einen vergleichbaren Rückgang der Gewerkschaftsmitgliedschaft auf Seiten dieser für den DGB besonders wichtigen Gruppe von SPD-Abgeordneten.⁵ Zudem nahmen auch die Anteile der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder ab, die bereits einmal eine Führungsposition in wirtschafts- und sozialpolitischen Verbänden eingenommen haben, ebenso wie der Anteil derjenigen mit früherer oder aktueller Mitgliedschaft in Aufsichts-, Betriebs- oder Personalräten (Trampusch 2006: 656-657). Trampusch wie auch Hassel interpretieren dies als Teil eines durch die zunehmende Professionalisierung der Politik bedingten Trends zur Entflechtung von Politik und Verbänden. Hassel schließt darüber hinaus sogar auf einen gesamtgesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Gewerkschaften. Allerdings verläuft dieser Prozess eher schleichend und die Verflechtung zwischen SPD und den DGB-Gewerkschaften ist bis heute relativ eng geblieben.

Zwischen den bürgerlichen Parteien und den Wirtschaftsverbänden gibt es demgegenüber keine vergleichbar enge Verflechtung über Mitgliedschaften. Dies liegt einmal daran, dass Wirtschaftsverbände mit Ausnahme der Kammern keine individuellen Mitglieder haben. Umgekehrt ist auch der Anteil der Parteimitglieder in den Wirtschaftseliten weit geringer als in den Gewerkschaftseliten und liegt bei weniger als einem Drittel. Unterteilt man die Gesamtgruppe der Wirtschaftseliten allerdings danach, ob sie ihre Hauptposition in Unternehmen oder in Wirtschaftsverbänden haben, zeigt sich eine erheblich stärkere Nähe der Wirtschaftsverbände zur Politik. Hier betrug der Anteil der Parteimitglieder 1995 immerhin 39,9% (Großunternehmen: 27,1%). In beiden Untergruppen liegen die Unionsparteien mit 12,5% (Großunternehmen) bzw. 34,7% (Wirtschaftsverbände) vor den übrigen Parteien, wobei bei den Unternehmensvertretern mit nur geringem Abstand (12,1%) bereits die SPD folgt (Wirtschaftsverbände nur 1,7%).

Anders als bei den Mitgliedschaften zeigen die 1995 erhobenen Kontaktmuster zwischen Politik und Interessengruppen allerdings, dass die Kontakte

⁵ Darüber hinaus zeigen Trampuschs Daten auch, dass der Anteil der in Gewerkschaften organisierten Unionsabgeordneten in diesem Ausschuss seit 1972 ohne klaren Trend zwischen ca. einem Viertel und zwei Fünfteln fluktuiert hat und damit weit höher liegt als in der Gesamtgruppe der Unionspolitiker.

stärker von funktionalen Gesichtspunkten als von politischer Sympathie geprägt sind. Eine Mehrheit der Politiker der beiden Volksparteien pflegt nämlich regelmäßige Kontakte sowohl mit der Wirtschaft (Unternehmen bzw. Industrie- und Arbeitgeberverbände) als auch mit den Gewerkschaften. Bei den Unionspolitikern waren dies 51,3%, bei den SPD-Politikern sogar 67,4%. Dasselbe gilt für 42,9% der befragten FDP-Politiker, während andererseits fast ein Drittel in dieser Gruppe ausschließlich Kontakte zu Unternehmen und Wirtschaftsverbänden angab. Umgekehrt beschränken die Eliten von B'90/Grünen und noch mehr die der PDS ihre Kontakte stärker auf das Gewerkschaftslager (52,6% bzw. 56,8%) und nannten wesentlich seltener Kontakte zur Wirtschaft (37,9% bzw. 27,3%).

Im Vergleich zu einer 1989 durchgeführten Umfrage bei Bundestagsabgeordneten ist der Anteil der in der Elitestudie 1995 befragten Spitzenpolitiker, die Kontakte zu beiden Seiten pflegen, erheblich höher (vgl. Hirner 1993: 180). Dies erklärt sich vermutlich daraus, dass in der Potsdamer Elitestudie keine Hinterbänkler, sondern lediglich Mitglieder der Bundes- und Landesexekutiven sowie Mitglieder der Fraktionsführungen und Ausschussvorsitzende in Bundestag und Landtagen befragt wurden, die noch stärker als einfache Abgeordnete Kontakte nach allen Seiten pflegen müssen. Fast die Hälfte der befragten Politiker kann in diesem Sinne als „Broker“ zwischen den konfligierenden Interessengruppen bezeichnet werden, die zumindest die Positionen beider Seiten zur Kenntnis nehmen, auch wenn sie persönlich eher eine Präferenz für die eine oder die andere Seite haben mögen.

3 Einstellungen zu politischen Streitfragen

Für den Nachweis der Kontinuität der traditionellen sozioökonomischen Konfliktlinie auf Elitenebene ist weiterhin wichtig, ob sich die politischen Einstellungen der Elitegruppen nach wie vor entlang dieser Konfliktlinie polarisieren. Dies wird zunächst durch die Selbsteinstufungen auf der Links-Rechts-Skala bestätigt, die eine klare Trennung der beiden politischen Lager erkennen lassen (vgl. Abbildung 2). Die Kurven der Unionspolitiker und der Wirtschaftseliten einerseits sowie der SPD und der Gewerkschaftseliten andererseits verlaufen sehr ähnlich. Abbildung 3 zeigt darüber hinaus, dass der Durchschnittswert der SPD-Politiker etwas links von dem der Gewerkschaftseliten liegt. Die Durchschnittswerte von Wirtschaftseliten und Unionspolitikern unterscheiden sich dagegen kaum. Allerdings stufen sich die Wirtschaftseliten häufiger weiter rechts von der Mitte ein, während die Kurve der Unionspolitiker sehr viel steiler verläuft, mit einer eindeutigen Spitze beim Skalenwert 6, den zwei Fünftel von ihnen gewählt haben.

Abbildung 2: Selbsteinstufung der Elitegruppen auf der Links-Rechts-Skala

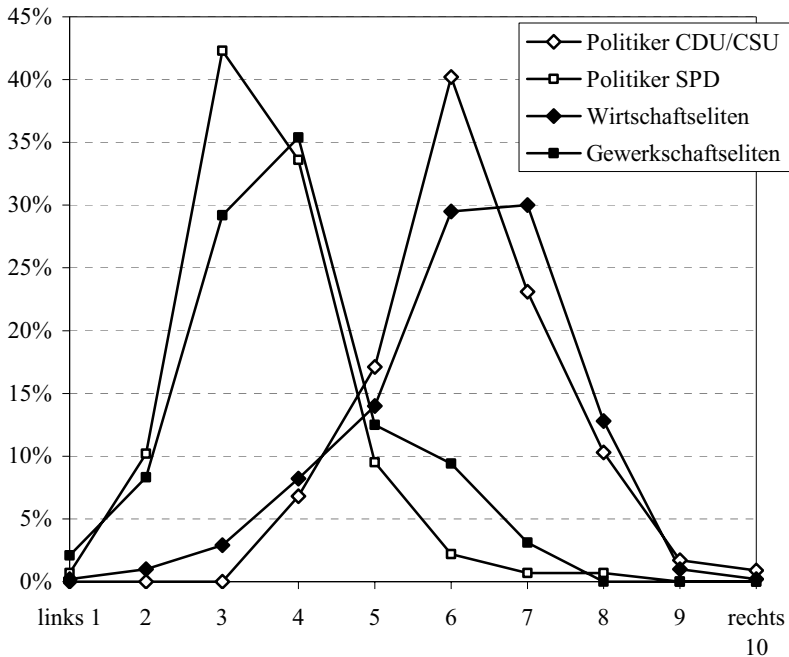
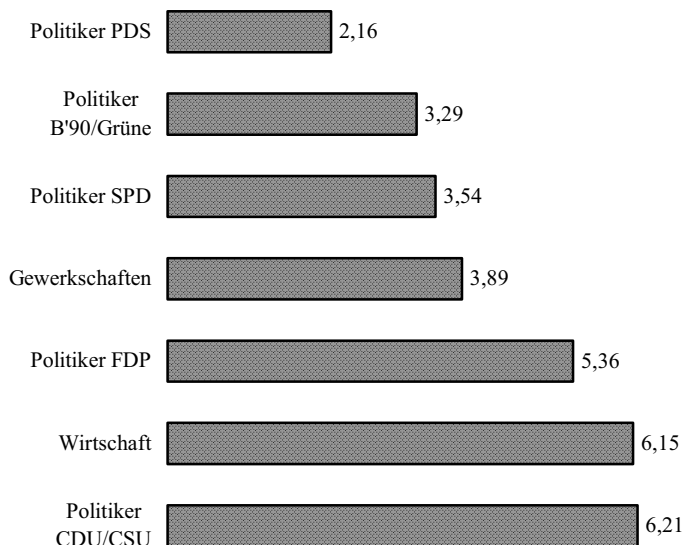


Abbildung 3 zeigt ferner die politisch-ideologische Außenseiterposition der PDS-Politiker. Diese schlägt sich auch in sehr negativen Sympathiewerten der übrigen Elitegruppen für die PDS nieder, wobei sie 1995 von den Politikern von B'90/Grünen mit einem Durchschnittswert von -1.4 noch relativ am besten bewertet wurde (SPD-Politiker: -3.4, Unionspolitiker: -4,6, FPD-Politiker: -3,9). Die Wirtschaftseliten stufen die PDS mit -4,0, die Gewerkschaftseliten mit -2,7 ein.

Abbildung 3: Gruppenmittelwerte für die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala



Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995

Die Eliteumfragen von 1972, 1981 und 1995 enthielten jeweils einige Fragen, mit denen die Einstellungen der Eliten zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Streitfragen erhoben wurden. 1968 waren leider nur zwei diesbezügliche Fragen enthalten, nämlich nach dem Einfluss des Staates auf die Wirtschaft und auf die Bewertung der in der Bundesrepublik herrschenden Chancengerechtigkeit. Die Ergebnisse für die erste Frage folgen der sozioökonomischen Konfliktlinie nur bedingt. Vielmehr traten damals nicht nur SPD und Gewerkschaften, sondern auch die Unionspolitiker für eine Globalsteuerung der Wirtschaft ein und hielten den wirtschaftspolitischen Einfluss des Staates mehrheitlich für angemessen (vgl. auch Rupp 2000: 179). Nur ein knappes Fünftel der Unionspolitiker bewertete den aktuellen Staatseinfluss auf die Wirtschaft als zu hoch. Interessanterweise hatte 1968 selbst ein Drittel der befragten Wirtschaftseliten am Ausmaß des staatlichen Einflusses nichts auszusetzen.

Bei der Interpretation dieser auf den ersten Blick erstaunlichen Werte ist zu berücksichtigen, dass die Umfrage zu einem Zeitpunkt stattfand, als es der dama-

ligen Großen Koalition gerade gelungen war, die erste Rezession der Nachkriegszeit durch eine aktive keynesianische Wirtschaftspolitik zu überwinden. Lediglich die FDP als Oppositionspartei stand dieser Politik eher kritisch gegenüber. Erst beim Wunsch nach mehr wirtschaftspolitischem Einfluss des Staates zeigt sich der Gegensatz zwischen den beiden politischen Lagern. Während sich im bürgerlichen Lager nur kleinen Minderheiten hierfür aussprachen, wurde dies von der Hälfte der SPD-Politiker und Gewerkschaftseliten unterstützt.

Bei der Frage nach der Chancengerechtigkeit ist die Frontstellung zwischen den beiden politischen Lagern ebenfalls zu erkennen. Die große Mehrheit der Unionspolitiker und der Wirtschaftseliten hielt die Lebenschancen in der Bundesrepublik für gerecht verteilt. SPD-Politiker und Gewerkschaftseliten hielten diese Verteilung dagegen mehrheitlich für ungerecht. Die FDP-Politiker nahmen hier eine mittlere Position zwischen den beiden Lagern ein. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese Frage nur der Hälfte der Befragten gestellt wurde, so dass die Fallzahl in dieser Gruppe mit nur zwölf Befragten äußerst klein und das Ergebnis möglicherweise unzuverlässig ist.

Auch 1972 war die Polarisierung zwischen den parteipolitischen Lagern zwar erkennbar, aber nicht besonders stark ausgeprägt. An der Forderung nach Erweiterung der Mitbestimmung lässt sich erkennen, dass sich die FDP in der sozialliberalen Koalition relativ weit in Richtung der SPD bewegt hatte, was schließlich zur gemeinsamen Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 führte. Die Unionspolitiker waren in dieser Frage gespalten, aber eine knappe Mehrheit unterstützte diese Forderung ebenfalls. Selbst innerhalb der Wirtschaftseliten trat über ein Viertel für eine Ausweitung der Mitbestimmung ein.

Darüber hinaus gab es auch einen weitgehenden Konsens zwischen Unionsparteien, SPD und Gewerkschaften über die Erweiterung der Sozialversicherung. Eine Mehrheit der FDP und eine knappe Mehrheit der Wirtschaftseliten stand ihr ebenfalls aufgeschlossen gegenüber. Lediglich im Hinblick auf eine Vermögensumverteilung waren die Unterschiede ausgeprägter, wobei fast die Hälfte die Wirtschaftseliten selbst diese Forderung unterstützte. Rückblickend lässt sich feststellen, dass zu Beginn der 1970er Jahre der Zeitgeist offensichtlich auf wirtschafts- und sozialpolitische Reformen gerichtet und die Polarisierung zwischen den beiden Lagern weit weniger ausgeprägt war als heute.

Tabelle 4: Bewertung wirtschafts- und sozialpolitischer Issues durch politische Eliten, Wirtschaftseliten und Gewerkschaftseliten 1968, 1972 und 1981 (in % der jeweiligen Gruppe)

	<i>Bürgerliches Lager</i>			<i>Linkes Lager</i>	
	<i>Politiker: CDU/CSU</i>	<i>Politiker FDP</i>	<i>Wirtschafts- eliten</i>	<i>Politiker: SPD</i>	<i>Gewerk- schaftseliten</i>
<i>1968</i>					
<i>Staat hat zu viel Einfluss auf die Wirtschaft</i>	17,3	50,0	32,1	2,0	1,4
<i>Staat hat zu wenig Einfluss auf die Wirtschaft</i>	7,1	5,6	8,6	48,0	50,7
<i>Chancengerechtigkeit¹</i>	100,0	66,7	85,2	29,6	25,0
<i>1972</i>					
<i>Für Erweiterung der Mitbestimmung²</i>	54,0	78,7	27,4	95,3	100,0
<i>Für Erweiterung der Sozialversicherung²</i>	91,2	78,7	56,8	98,1	98,0
<i>Für Vermögensumverteilung²</i>	62,0	63,0	47,0	95,2	100,0
<i>1981</i>					
<i>Preisstabilität wichtig³</i>	89,4	76,0	93,6	68,3	74,7
<i>Abbau Staatsverschuldung wichtig³</i>	96,7	80,0	91,2	51,6	29,9
<i>Für Preiskontrolle für wichtige Produkte³</i>	4,8	16,7	12,6	63,9	69,0
<i>Für Abbau von Sozialleistungen zur Verminderung der Staatsverschuldung³</i>	79,0	76,0	84,1	17,9	9,2
<i>Für Erweiterung der Mitbestimmung²</i>	5,6	4,0	6,2	83,1	94,3

1 Zu dieser Frage gab es keine Skalenvorgabe. Gefragt wurde lediglich danach, ob die Befragten der Meinung waren, die Chancen, im Leben zu etwas zu kommen, seien im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht verteilt. Die Frage wurde im Split Half Verfahren nur der Hälfte der Befragten gestellt.

2 Werte 4 bis 6 auf einer 6 stufigen Skala

3 Werte 6 bis 10 auf einer 10 stufigen Skala

Quelle: Mannheimer Elitestudien 1968, 1972, 1981

Tabelle 5: Bewertung wirtschafts- und sozialpolitischer Issues durch politische Eliten, Wirtschaftseliten und Gewerkschaftseliten 1995 (in % der jeweiligen Gruppe)

	<i>Bürgerliches Lager</i>			<i>Linkes Lager</i>			
	<i>Politiker CDU/CSU</i>	<i>Politiker FDP</i>	<i>Wirtschafts- eliten</i>	<i>Politiker SPD</i>	<i>Politiker B'90/Grüne</i>	<i>Politiker PDS</i>	<i>Gewerk- schafts- eliten</i>
<i>Umstrittene Themen</i>							
<i>Positive Bewer- tung der Realisie- rung sozioöko- nomischer Fair- ness in Deutsch- land¹</i>	84,7	63,5	80,0	14,3	8,6	0,0	6,3
<i>Staat sollte Auf- gaben abgeben</i>	90,8	84,1	80,6	39,7	38,8	4,5	22,7
<i>Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen wichtig²</i>	86,6	72,6	80,6	32,1	12,9	6,8	38,1
<i>Konsensuelle Themen</i>							
<i>Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wichtig²</i>	98,3	98,4	97,6	99,3	99,1	95,5	99,0
<i>Sicherung des Wirtschaftsstand- ortes Deutsch- lands wichtig²</i>	99,2	100,0	97,4	94,3	61,4	27,3	89,7
<i>Abbau der Staats- verschuldung wichtig²</i>	94,1	95,2	92,4	82,1	75,0	47,7	69,1
<i>Sicherung des Sozialstaates wichtig²</i>	84,9	77,4	61,7	97,8	99,1	100,0	97,9

1 Summenindex aus den Bewertungen der Realisierung der Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit in Deutschland; Wertebereich 5 bis 7 auf einer 7 stufigen Skala

2 Werte 4 bis 7 auf einer 7 stufigen Skala

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995

Die Befragung von 1981 lässt dagegen bereits Risse innerhalb der sozialliberalen Regierungskoalition erkennen, obwohl diese erst 1980 mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt worden war. Dies kann man schon daran ablesen, dass ein Fünftel der befragten FDP-Spitzenpolitiker bereits ein Jahr vor dem 1982 erfolgten Koalitionswechsel für eine schwarz-gelbe Koalition eintrat. Auch eine deutliche Mehrheit der Wirtschaftseliten (58,2%) befürwortete eine Koalition aus Union und FDP. In dieser Elitegruppe war allerdings auch schon 1972 mehr als ein Drittel (35,1%) für eine Koalition aus Union und FDP gewesen. Nur eine Minderheit (13,0%) hatte damals die sozialliberale Koalition unterstützt. Rudolf Wildenmann folgerte aus diesen Ergebnissen bereits im Frühjahr 1982, die am Ruder befindliche sozialliberale Regierung sei nicht mehr mehrheitsfähig (Wildenmann 1982: 165) und publizierte einen Artikel mit dem Titel „Die Elite wünscht den Wechsel“ (Die ZEIT Nr. 11/1982, S. 6-7).

Rupp führt den Koalitionswechsel von 1982 auf den „Einfluß marktradikaler Ideologeme von jenseits des Atlantiks und ihre bereits erfolgreich erscheinende Umsetzung in Großbritannien“ zurück, die die Vorstellungswelt der bundesdeutschen Liberalen beeinflusst hätten (2000:215). Diese Wende betraf aber offensichtlich nicht nur die FDP, sondern zu dieser Zeit erfolgte auch eine wirtschaftspolitische Umorientierung der Unionsparteien. Vorreiter waren jedoch zweifellos die Wirtschaftseliten, die in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen schon zuvor signifikant marktliberalere Einstellungen aufgewiesen hatten.

Bei den Einstellungen zu Sachfragen lässt sich die Entfremdung der beiden Partner der sozialliberalen Koalition am besten am Thema Mitbestimmung ablesen. Während 1972 eine große Mehrheit der FDP-Politiker für eine Erweiterung der Mitbestimmung eingetreten war, lehnten nun 96% von ihnen eine weitere Ausweitung ab, während gleichzeitig 83,1% der SPD-Politiker und sogar 94,3% der Gewerkschaftseliten eine solche anstrebten. Die Unionspolitiker sprachen sich ebenfalls fast geschlossen dagegen aus. Das ebenfalls im Fragebogen enthaltene Thema staatlicher Preiskontrollen stand zwar nicht auf der politischen Agenda, jedoch waren auch hier die Fronten eindeutig verteilt. Geringere Unterschiede ergaben sich demgegenüber für die Forderung nach Abbau von Sozialleistungen zu Gunsten einer Verminderung der Staatsverschuldung. Immerhin die Hälfte der SPD-Politiker hielt den Abbau der Staatsverschuldung für wichtig. Auch der Preisstabilität wurde von einer Mehrheit des linken Lagers eine hohe Wichtigkeit zugeschrieben. Für beide Ziele lagen die Anteilswerte im linken Lager aber deutlich niedriger als bei den Repräsentanten des bürgerlichen Lagers.

Für 1995 zeigt sich hinsichtlich der Einschätzung der Realisierung sozio-ökonomischer Fairness in Deutschland sowie der Wichtigkeit, die dem Abbau von Staatsaufgaben und der Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen

zugeschrieben wurde, eine relativ hohe Polarisierung zwischen den beiden Lagern (vgl. Tabelle 5). Dies wird auch durch die Korrelationskoeffizienten bestätigt, die $r=-.71$ für den Index sozioökonomischer Fairness, $r=-.61$ für die Wichtigkeit der Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen und $r=-.73$ für die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala betragen.

Andererseits lassen sich jedoch auch Themen erkennen, für die ein erheblich höheres Maß an Einigkeit bestand, z.B. über die Wichtigkeit des Abbaus der Arbeitslosigkeit und der Staatsverschuldung. Dem Abbau der Staatsverschuldung wurde nun auch von vier Fünfteln der SPD-Politiker eine hohe Priorität zugeschrieben, während ihn 1981 nur die Hälfte von ihnen für wichtig gehalten hatte. Für die Sicherung des Sozialstaats und des Wirtschaftsstandorts Deutschland sind die Differenzen dann aber wieder ausgeprägter. Über die Wichtigkeit wirtschaftspolitischer Ziele besteht also offensichtlich ein höherer Konsens als über die Mittel zur Zielerreichung und hinsichtlich der Bewertung der erreichten Realisierung dieser Ziele.

Das Ergebnis einer deutlichen Zunahme der Polarisierung zwischen bürgerlichem und linkem Lager gegenüber den 1960er und frühen 1970er Jahren wird auch durch die Analyse der deutschen Wahlprogramme gestützt. Demnach war sie in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre am geringsten und stieg bis 1972 nur geringfügig an. Von da an nahm die Polarisierung bis 1994 (und 1998) kräftig zu, auch wenn sie im internationalen Vergleich immer noch nicht besonders stark ausgeprägt war (vgl. Klingemann/Volkens 2001).

4 Differenzen innerhalb der beiden politischen Lager

Die bisherige Analyse war in erster Linie den Differenzen zwischen den beiden politischen Lagern gewidmet. Gerade im Hinblick auf die Stabilität der Koalitionen ist jedoch auch die Frage interessant, wie kompakt die beiden Lager sind und ob es Gruppen gibt, die zwischen diesen vermitteln können. Erste Hinweise darauf lieferten die Tabellen 4 und 5, in denen sich bei den Anteilswerten teilweise beträchtliche lagerinterne Differenzen zeigten.

Mittels multipler Regressionsanalysen lassen sich diese noch besser quantifizieren.⁶ Die entsprechenden Analysen wurden auf die Umfrage von 1995 be-

⁶ Bei dieser Regressionsanalyse mit Dummy Variablen handelt es sich letztlich um Mittelwertsvergleiche zwischen den Subgruppen, für die streng genommen eine Varianzanalyse die angemessene Analyseverfahren wäre. Mathematisch ist das Vorgehen beider Verfahren jedoch weitgehend identisch. Die Regressionsanalyse mit Dummy Variablen hat für die vorliegende Fragestellung den Vorteil, dass jeweils eine der Gruppen, nämlich einmal die Wirtschaftseliten und zum anderen die Gewerkschaftseliten als Bezugsgruppen zu Grunde gelegt werden. Die Konstante gibt deren Mittelwert an, während die b Koeffizienten die Abweichung der übrigen Sub

schränkt und für die drei abhängigen Variablen mit dem höchsten Polarisierungsgrad berechnet, nämlich die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, den Index der Bewertung sozioökonomischer Fairness in Deutschland sowie die Wichtigkeit, die die Befragten der Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen zuschrieben.

Tabelle 6 enthält die Ergebnisse der Analyse für das bürgerliche Lager. Da die Verteilungen und Mittelwerte für die beiden Gruppen der Wirtschaftselite, also die Unternehmens- und Verbandsrepräsentanten, sehr ähnlich waren, wurden diese auch in der vorliegenden Analyse zusammengefasst. Daher werden hier lediglich drei Gruppen unterschieden, nämlich Wirtschaftseliten, Unionspolitiker und FDP-Politiker. Für Unions- und FDP-Politiker wurde dabei jeweils eine Dummy-Variable gebildet. Die b-Koeffizienten geben die Abweichung dieser beiden parteipolitischen Eliten vom Mittelwert der Wirtschaftseliten an. Es zeigt sich, dass sich die Positionen der Unionspolitiker kaum von denen der Wirtschaftseliten unterscheiden. Keiner der Koeffizienten ist signifikant.

Tabelle 6: Differenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers: Regressionsanalysen mit Dummy-Variablen (b-Koeffizienten)

	Selbsteinstufung auf der Links Rechts Skala	Index sozioöko nomischer Fair ness	Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen
<i>Konstante</i>	6.324 **	5.505 **	5.788 **
<i>Politiker CDU/CSU</i>	.100	.034	.082
<i>Politiker FDP</i>	.957 **	.439 **	.455 **
<i>korrigiertes R²</i>	.06	.04	.00
<i>N</i>	487	487	487

* p<0.05

** p<0.01

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995

Dagegen weichen die Positionen der FDP-Politiker im Hinblick auf alle drei Einstellungen signifikant von denen der Wirtschaftseliten ab. Entgegen der verbreiteten Wahrnehmung, dass die FDP in wirtschafts- und sozialpolitischen Frage rechts von der Union stehe, geht die Abweichung allerdings in die entgegen-

gruppen von diesem Mittelwert zeigen. Ein Vergleich der beiden Verfahren ergab nur minimale Unterschiede in den Koeffizienten, so dass im Interesse der größeren Anschaulichkeit die Ergebnisse der Regressionsanalyse dargestellt werden.

gesetzte Richtung. In allen drei Fragen nehmen die FDP-Politiker gemäßigte Positionen ein. Dies bestätigt im Hinblick auf die Wahrnehmung soziopolitischer Fairness der deutschen Gesellschaft das bereits für 1968 gefundene Ergebnis, dass eine größere Minderheit der FDP-Politiker die gesellschaftlichen Konsequenzen des freien Marktes durchaus kritisch bewertet. Auch scheint ihnen die Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen weniger vordringlich. Zudem stufen sie sich selbst auch erheblich weiter links ein (vgl. Abbildung 3). Diese Abweichungen sind zwar signifikant, andererseits aber nicht besonders ausgeprägt. Wegen der kleinen Anzahl der befragten FDP-Politiker innerhalb dieses Lagers beträgt die durch diese Abweichungen erklärte Varianz zudem weniger als 10 Prozent. Alles in allem lässt sich daher konstatieren, dass das bürgerliche Lager relativ kompakt ist und nur kleinere interne Differenzen hinsichtlich wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen aufweist.

Demgegenüber existieren innerhalb des linken Lagers erheblich größere Unterschiede. In die Analyse wurde zusätzlich zu den auch bislang schon berücksichtigten Untergruppen noch eine weitere aufgenommen, nämlich die der Gewerkschaftsvertreter in mitbestimmten Großunternehmen. Da sich die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe nicht unmittelbar aus der Position der Befragten erschließen lässt, wurde sie über deren Gewerkschaftsmitgliedschaft definiert. Denn es lässt sich vermuten, dass in den Vorständen und Aufsichtsräten von Großunternehmen nur die Repräsentanten der Arbeitnehmerseite Mitglied einer Gewerkschaft sind. Diese Gruppe ist besonders interessant, da ihre Mitglieder einerseits die Interessen der Arbeitnehmerseite vertreten, andererseits jedoch auch das Unternehmensinteresse im Auge haben müssen. Diese Doppelfunktion stellt den typischen Fall einer cross-pressure-Situation dar. Zusätzlich wurden in die Analyse auch noch Dummy-Variablen für die Politiker von SPD, B'90/Grünen und der PDS aufgenommen. Bezugsgruppe sind die Gewerkschaftseliten.

Tabelle 7 zeigt die Konsequenzen der ambivalenten Position der Arbeitnehmervertreter in den Großunternehmen. Ihre politischen Einstellungen weichen signifikant von denen der übrigen Gewerkschaftseliten ab. Im Hinblick auf alle drei Einstellungen nehmen sie erheblich konservativere Positionen ein. Die SPD-Politiker stufen sich selbst dagegen etwas weiter links ein als die Gewerkschaftseliten, beurteilen aber die sozioökonomische Fairness etwas positiver. Die befragten Politiker von B'90/Grünen verorten sich noch weiter auf der Linken und weichen hinsichtlich der Wahrnehmung sozioökonomischer Fairness kaum von den Gewerkschaftseliten ab. Bemerkenswert ist zudem, dass die Gewerkschaftseliten die Bekämpfung des Missbrauchs von Sozialleistungen für wichtiger halten als die Politiker dieser beiden Parteien.

Am stärksten weichen jedoch die PDS-Politiker von den Positionen der übrigen Gruppen dieses Lagers ab. In allen drei Fragen nehmen sie signifikant linkere Positionen ein als die Gewerkschaftseliten. Dies bestätigt, dass die PDS die politische Polarisierung in Deutschland nicht unerheblich erhöht hat.

Tabelle 7: Differenzen innerhalb des linken Lagers: Regressionsanalysen mit Dummy-Variablen (b-Koeffizienten)

	Selbsteinstufung auf der Links Rechts Skala	Index sozioöko- nomischer Fair- ness	Verhinderung des Missbrauchs von Sozialleistungen
<i>Konstante</i>	3.904 **	3.617 **	4.117 **
<i>Gewerkschafts- vertreter in Unter- nehmen</i>	.880 **	.951 **	.559 *
<i>Politiker SPD</i>	.360 *	.422 **	.301
<i>Politiker B'90/Grüne</i>	.610 **	.156	1.331 **
<i>Politiker PDS</i>	1.745 **	1.185 **	1.867 **
<i>korrigiertes R²</i>	.22	.27	.19
<i>N</i>	422	422	422

* p<0.05

** p<0.01

Quelle: Potsdamer Elitestudie 1995

5 Fazit

Während die sozioökonomische Konfliktlinie für das Wahlverhalten an Bedeutung verloren haben mag, haben die Ergebnisse der vorstehenden Analysen gezeigt, dass die Koalitionen zwischen Wirtschaft, CDU/CSU und FDP einerseits sowie Gewerkschaften und SPD andererseits auf Elitenzebene nach wie vor deutlich ausgeprägt sind. Die Polarisierung zwischen den beiden politischen Lagern hat gegenüber den 1960er und frühen 1970er Jahren sogar noch zugenommen. Diese Differenzen sind über Organisationsverflechtungen abgesichert, die sich an der hohen Stabilität der Parteipräferenzen von Wirtschafts- und Gewerkschaftseliten sowie — bei Gewerkschaften und SPD — auch an den gegenseitigen Mitgliedschaften ablesen lassen.

Eine Abschwächung der traditionellen Koalition der deutschen Wirtschaft mit den bürgerlichen Parteien war zumindest bis zum Zeitpunkt der letzten Elitenbefragung 1995 nicht auszumachen. Das linke Lager hat sich dagegen durch B'90/Grüne und PDS ausdifferenziert, was sich in hoch signifikanten Positionsunterschieden zwischen den Politikern dieser drei Parteien niederschlägt. Allerdings hat diese Ausdifferenzierung in erster Linie die Wählerbasis der SPD geschmälert, während die traditionelle Koalition zwischen SPD und Gewerkschaften zumindest bis 1995 ungebrochen Bestand hatte.

Der Anpassungsdruck auf Gewerkschaften und SPD hat aber nicht nur durch die beiden neuen Parteien zugenommen, die auf Grund ihrer politischen Präferenzen, ihrer Mitgliedschaften und Kontaktmuster eindeutig dem linken politischen Lager zuzurechnen sind, sondern auch durch den Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft und den dadurch bedingten zahlenmäßigen Rückgang ihrer traditionellen Wähler- bzw. Mitglieder Klientel. Insofern wären neuere Daten wünschenswert, um den Veränderungsprozess weiter verfolgen zu können.

Die Existenz politischer Konkurrenz im linken Parteienlager eröffnet den Gewerkschaften zugleich die Option, die SPD unter Druck zu setzen. Dies gilt vermutlich weniger für B'90/Grüne, die den Gewerkschaften eher distanziert gegenüberstehen, jedoch versucht die Linkspartei als selbsternannte Vertreterin traditionell linker Politik, der SPD in den Gewerkschaften Terrain abzujagen. Ob eine stärkere Anbindung an die Linkspartei allerdings eine attraktive Option für die Gewerkschaften wäre, darf bezweifelt werden. Ein wichtiger Grund hierfür ist die Tatsache, dass die wirtschaftspolitischen Verbände immer auch ihre Kooperationsfähigkeit mit dem jeweils anderen politischen Lager im Auge haben müssen. Eine engere Bindung der Gewerkschaften an die Linkspartei würde diese gefährden. Insofern bleibt die SPD einstweilen der sicherste politische Partner für die Gewerkschaften, jedoch ist auch eine stärkere Öffnung des DGB Richtung Unionsparteien durchaus nicht auszuschließen.

Literatur

- Bartolini, Stefano/Mair, Peter, 1990: Identity, Competition and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates 1885 1985. Cambridge.
- Brettschneider, Frank/Deth, Jan van/Roller, Edeltraud, 2002: Sozialstruktur und Politik: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Dies. (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen, 7 22.
- Budge, Ian/Klingemann, Hans Dieter/Volkens Andrea/Bara, Judith Bara/Tanenbaum, Eric, 2001: Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945 1998. Oxford.

- Bürklin, Wilhelm/Rebensorf, Hilke et al., 1997: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen.
- Hassel, Anke, 2006: Zwischen Politik und Arbeitsmarkt. Zum Wandel gewerkschaftlicher Eliten in Deutschland, in: Münkler, Herfried/Straßenberger, Grit/Bohlender, Matthias (Hrsg.): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt: Campus 199 220.
- Hirner, Manfred, 1993: Der Deutsche Bundestag im Netzwerk organisierter Interessen, in: Herzog, Dietrich/Rebenstorf, Hilke/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Parlament und Gesellschaft. Opladen, 139 183.
- Hoffmann Lange, Ursula, 1992: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik. Opladen.
- Hoffmann Lange, Ursula/Bürklin, Wilhelm, 2001: Eliten, Führungsgruppen, in: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. 2. Auflage. Opladen, 170 182.
- Klingemann, Hans Dieter/Volkens, Andrea, 2001: Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949 1998, in: Gabriel, Oscar W./Niedermeyer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2. Auflage. Bonn, 507 527.
- Lijphart, Arend, 1999: Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty Six Countries. New Haven.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross National Perspectives. New York, 1 64.
- Pappi, Franz Urban, 1977: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: Kaase, Max (Hrsg.), Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 18, 195 229.
- Rupp, Hans Karl, 2000: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. 3. Auflage. München.
- Trampusch, Christine, 2004: Von Verbänden zu Parteien. Elitenwechsel in der Sozialpolitik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 35, 646 666.
- Wildenmann, Rudolf, 1982: Positionseliten und Parteiensysteme, in: Gesellschaft und Universität: Probleme und Perspektiven. Festschrift zur 75 Jahr Feier der Universität. Mannheim, 165 192.